für die Ortsgemeinde Geisig

AZ: GB 3

11 DS 17/ 0030

Sachbearbeiter: Herr Anderie

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Ortsgemeinderat Geisig	öffentlich	

Bebauungsplan "Brunnenstraße";

1. Einstellung des am 15.12.2022 eingeleiteten und durch Beschluss vom 01.02.2024 nach § 215 a Baugesetzbuch (BauGB) fortgeführten Verfahrens zur Aufstellung des o.a. Bebauungsplans

2. Aufhebung des am 19.12.2024 gefassten Beschlusses über den o.a. Bebauungsplan als Satzung

Sachverhalt:

Eingangs wird auf die Beachtung möglicherweise vorliegender Ausschließungsgründe nach § 22 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) sowie die aus § 22 Abs. 5 Satz 1 GemO resultierende Verpflichtung jedes Mandatsträgers hingewiesen, dem Vorsitzenden vor Beginn der Beratungen evtl. Ausschließungsgründe mitzuteilen.

Am 15.12.2022 hatte der Ortsgemeinderat einen Aufstellungsbeschluss zur Erweiterung des Bebauungsplans mit der damaligen Bezeichnung „Vorn auf dem Scheid“ gefasst und anschließend das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans auf der Grundlage des § 13 b Baugesetzbuch (BauGB) alte Fassung (Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren) betrieben. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hatte dann zwischenzeitlich mit Urteil vom 18.07.2023 entschieden, dass § 13 b BauGB gegen Europarecht verstößt mit der Konsequenz, dass Außenbereichsflächen ohne Umweltprüfung im beschleunigten Verfahren nicht überplant werden dürfen und das auf der Grundlage der vorgenannten gesetzlichen Grundlage eingeleitete Verfahren nicht mehr auf der Grundlage der vorstehenden Norm abgeschlossen werden durfte.

Nachdem mit Wirkung vom 01.01.2024 die neue Vorschrift des § 215 a BauGB (Beendigung von Bebauungsplanverfahren und ergänzendes Verfahren für Bebauungspläne nach § 13 b BauGB a.F.) in Kraft getreten war, wurde das zuvor eingeleitete Planaufstellungsverfahren nach Maßgabe dieser Vorschrift fortgeführt; der Beschluss über den Bebauungsplan als Satzung war nach § 215 a Abs. 1 BauGB bis zum 31.12.2024 zu fassen. In seiner Sitzung am 01.02.2024 hatte der Ortsgemeinderat die Beendigung des eingeleiteten Bebauungsplanverfahrens nach der o.a. Norm und gleichzeitig beschlossen, die bisherige Bezeichnung des Bebauungsplans in „Brunnenstraße“ zu ändern.

Nach Durchführung der weiteren Verfahrensschritte im Planaufstellungsverfahren erfolgte in der Sitzung des Ortsgemeinderates am 19.12.2024 die Beschlussfassung über die Würdigung und Abwägung der im Rahmen der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) eingegangenen Stellungnahmen; anschließend wurde in der gleichen Sitzung der Bebauungsplan „Brunnenstraße“ als Satzung beschlossen.

Im Juli 2023 wurden umfangreiche Änderungen des Verfahrens, insbesondere der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB (Verstärkung der Digitalisierung des Bauleitplanverfahrens) in Kraft gesetzt. Da das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans „Brunnenstraße“ vor dem Inkrafttreten der Gesetzesänderung eingeleitet wurde, ist davon auszugehen, dass das Verfahren nach der Überleitungsvorschrift des § 233 Abs. 1 Satz 1 BauGB noch nach den vorher geltenden Regelungen insbesondere über die Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 2 BauGB a.F.) durchgeführt werden sollte.

Eine diesbezügliche Überprüfung seitens der Verwaltung ergab, dass

a) in der öffentlichen Bekanntmachung über die Auslegung des Planentwurfs mitsamt Begründung etc. entgegen § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB a.F. der Hinweis fehlte, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und kein Hinweis darauf erfolgte, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind,

b) entgegen § 4 a Abs. 4 BauGB a.F. der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung der Planunterlagen nicht nachweisbar zusätzlich in das Internet eingestellt und zusätzlich über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich gemacht wurde; in der ortsüblichen Bekanntmachung nach a) erfolgte in diesem Zusammenhang keine Angabe der Internetseite.

c) sich nachträglich herausgestellt hat, dass eine während der Dauer der Auslegung im Rahmen der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung per E-Mail eingegangene Stellungnahme versehentlich nicht an das Planungsbüro weitergeleitet und von daher nicht Gegenstand der Abwägungsentscheidung über die Stellungnahmen in der Ratssitzung am 19.12.2024 wurde.

Der nach Darlegung der Rechtsauffassung der Verwaltung eingeschaltete Gemeinde- und Städtebund hat die Einschätzung der Verwaltung bestätigt, dass der als Satzung beschlossene Bebauungsplan im Falle seiner Inkraftsetzung (durch Ausfertigung und anschließende öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses über den Bebauungsplan als Satzung, § 10 Abs. 3 BauGB) einer Überprüfung in einem Normenkontrollverfahren wohl nicht standhalten und vom OVG Rheinland-Pfalz für ungültig erklärt würde.

Von daher soll der auf der Grundlage des bisher durchgeführten Planaufstellungsverfahrens als Satzung beschlossene Bebauungsplan nicht mehr in Kraft gesetzt werden. Der Beschluss über den Bebauungsplan als Satzung soll aufgehoben und das Bebauungsplanverfahren eingestellt werden.

Es ist vorgesehen, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans „Brunnenstraße“ anschließend neu zu eröffnen und durchzuführen, und zwar nach dem sog. Regelverfahren.

Der der Ortsgemeinde durch den Abbruch des am 15.12.2022 eingeleiteten Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans und der Durchführung eines neuen Planaufstellungsverfahrens entstehende Schaden wird vorsorglich bei der Eigenschadenversicherung angemeldet.

Beschlussvorschlag:

1. Das mit dem Planaufstellungsbeschluss vom 15.12.2022 eingeleitete Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans „Brunnenstraße“ (vorherige Bezeichnung: „Vorn auf dem Scheid“) und das auf der Grundlage des Beschlusses vom 01.02.2024 nach § 215 a BauGB fortgeführte vorgenannte Verfahren wird eingestellt.

2. Der in der Sitzung am 19.12.2024 gefasste Beschluss über den Bebauungsplan „Brunnenstraße“ als Satzung (§ 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 24 GemO) wird aufgehoben. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ist in dem beigefügten Planauszug mit einer dicken blauen unterbrochenen Linie dargestellt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die unter 1. und 2. gefassten Beschlüsse ortsüblich bekanntzumachen.

In Vertretung:

Gisela Bertram
Beigeordnete